

Die Reform der Schulverwaltung – eine Kontroverse

Auf Einladung der Initiative **Bildung Grenzenlos** diskutieren **Dr. Monika Hutter**, Abteilungsleiterin im Finanzministerium und zuständig für die Bildungsbudgetierung und **Mag. Walter Grafinger**, Abteilungsleiter für das höhere und mittlere Berufsbildende Schulwesen im Wiener Stadtschulrat am 17. Juni 2010 über mögliche Reformen in der Schulverwaltung. Die Moderation liegt bei **Mag. Ute Brühl** vom Kurier.

Hutter geht von vier Grundsätzen aus:

- Aufgaben und Ausgaben gehören in eine Hand
- Einheitliche Steuerung erfolgt über Bildungsziele
- Übergeordnete Qualitätssicherung durch Monitoring
- Autonomie der Schule bei Unterrichtsgestaltung und Personalauswahl

Die Verwaltung erfolgt auf drei Ebenen:

- Ebene der Schule: zuständig für Organisation und Unterricht, freie Personalauswahl, wichtige Stellung der Schulleitung
- Regionale Ebene: zuständig für Schulstandortkonzepte, für Auswahl der Schulleitung, für Personalressourcen, Besoldung und für Aufsicht
- Zentrale Ebene: zuständig für die gesamte Gesetzgebung aller Schultypen, für Gesamtbudget, für Definition der Bildungsziele, für einheitliche Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte

Alles erfolgt innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Inhaltliches Ziel muss eine Verringerung der Unterschiede zwischen den Schülerleistungen sein, das soll durch Bildungsstandards und Zentralmatura gesichert werden. Entscheidend wird, wie man mit den gewonnen Informationen umgehen wird.

Grafinger spricht von einer derzeitigen Überregulierung und hofft auf eine eigenverantwortliche Schule in der Zukunft. Ein neues Modell des Managements muss eingeführt werden. Es ist nicht immer möglich im Rahmen der Gesetze und Verordnungen zu bleiben, „Dienst nach Vorschrift“ bedeutet Stillstand. Ein Problem liegt darin, dass viele von Reformen sprechen, aber niemand damit beginnt. Wenn sich Direktoren die Lehrer aussuchen können sollen, müssen die Lehrer die man braucht auch zur Verfügung stehen, das ist nicht immer gegeben. An Schulen passieren schon viele Innovationen im Bereich der Qualitätssicherung und es läuft QIBB an den BHS und QIS an den AHS. Die Verwaltung hat noch kein entsprechendes System. Will man eine kontinuierliche Verbesserung oder einen radikalen Wechsel? Er warnt davor, zu große Hoffnungen in die Bildungsstandards zu setzen. Im Fremdsprachunterricht hat sich einiges zum Besseren verändert, es ging aber sehr langsam.

Reformen können auch große Verschlechterungen im System bringen. Das zeigt sich deutlich an der erschreckenden Situation der Pädagogischen Hochschulen.

Hutter fordert ebenfalls mehr Eigenverantwortung. Das bm:ukk erhält ein Globalbudget, die regionale Ebene muss ergebnisorientiert arbeiten. Es sollen Leistungsvereinbarungen geschlossen werden. Sie spricht sich für einen Bildungsdirektor mit entsprechender Verantwortung an Stelle eines amtsführenden Landesschulratspräsidenten aus.

Grafinger verweist auf die Schwierigkeit der Leistungsvereinbarungen im Schulsystem hin. Schüler/innen sind Produzenten und Konsumenten, 50% des Outputs kommt durch sie, der Rest von anderen Faktoren. Wenn es kein Geld gibt, kann es keine sinnvollen Leistungsvereinbarungen geben. Er warnt auch davor, die skandinavischen Schulsysteme ständig als Vergleich und Vorbild zu sehen. Auch dort gibt es Probleme. In Österreich haben 9% der 24Jährigen keinen Schulabschluss.

Dir. Mag. Heidi Schrodtt hofft, dass mit regionaler Ebene nicht die Länder gemeint sind und fragt

nach der Möglichkeit von Global Budgets für Schulen.

Hutter will den Punkt regionale Ebene bewusst offen lassen, das Mitspracherecht der Länder wird man nicht (rasch) abschaffen können. Die Personalkosten kann man nicht an die Schulen geben, das würde diese verwaltungstechnisch überfordern.

Von **Teilnehmer/innen** wird beklagt, dass kein politischer Konsens über die Ziele des Bildungssystems zu Stande kommt. Alle Talente der Jugendlichen müssen optimal gefördert werden. Bildungsstandards in städtischen Hauptschulen wären völlig sinnlos, dort sollte man sich eher um die Bekämpfung der Kriminalitätsrate kümmern. Hauptschüler/innen sind oft praktisch „elternlos“.

Grafinger betont, dass bei aller Bedeutung von Zukunftsfragen, die Schüler/innen, die jetzt im System sind, wichtig sind. „Das ist meine Wirklichkeit bei meiner Arbeit“.

Hutter bestätigt, dass die Bildungsstandards die Größe des Problems zeigen werden. Wir brauchen den europäischen Standard: Ganztagschule und Gesamtschule. Das haben inzwischen auch Wirtschaft und Industriellenvereinigung erkannt.

Eine ehemalige **AHS Direktorin** kritisiert, dass immer nur in ganz kleinen Schritten etwas verändert wird. Die Irritationen an den Schulen sind groß.

Grafinger verweist nochmals auf die katastrophale Situation an den Pädagogischen Hochschulen, ein Beispiel dafür, wie man Reformen nicht machen sollte.

Ein **Vater** vermisst eine Zieldefinition im Bildungswesen und bemängelt außerdem, dass die Schulen im Juli und August geschlossen sind, da könnte man Geld fürs System lukrieren.

Ein **AHS Direktor** beklagt das derzeit starre Korsett, in das die Schulen gepresst sind, geht aber mit dem Gefühl nach Hause, dass sich nichts ändern wird.

Mag. Grafinger fordert Möglichkeiten, Grenzen überschreiten zu können, **Dr. Hutter** meint, dass die Öffentlichkeit Lehrerleistungen anerkennt, dass aber gute Ideen oft nicht umgesetzt werden.

Aus dem **Publikum** kommt der Ruf nach besseren Gesetzen, vor allem was die PH betrifft, und nach einer gemeinsamen Lehrerausbildung für alle Schultypen.